

# POLITISCHER SONDERBERICHT

**Projektland: Westafrika**

**Datum: 16.02.2012**

## NEUE SICHERHEITSPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN IN WESTAFRIKA

Zwei Ereignisse in Westafrika geben Anlass zu der Befürchtung, dass die Sicherheitslage der Region Westafrika ernsthaft bedroht ist: Einerseits beeinträchtigt die Rückkehr der ehemaligen Tuareg-Kämpfer nach Mali, die bis zum Sturz Gaddafis der libyschen Armee gedient haben, zunehmend die Stabilität im Norden des Landes.

Im Juli 2011 wurde unter der Führung von Mohamed Ag Najem, einem Ex-Oberst der libyschen Armee, die Nationale Bewegung zur Befreiung von Azawad (MNLA) gegründet, die sich seither der Zentralregierung widersetzt und für die Unabhängigkeit des Nordens kämpft.

Die seit Anfang des Jahres gehäuften Gefechte zwischen MNLA und der malischen Armee haben bereits tausende Flüchtlinge in die umliegenden Nachbarländer vertrieben. Bei jüngsten Kämpfen in Aguelhok und Tessalit nahe der Grenze zu Algerien kam es nach Angaben des malischen Verteidigungsministeriums zu 47 Toten (45 Rebellen und 2 Soldaten).

Tage später wurden in Aguelhok Leichen von 41 malischen Soldaten in einem Massengrab entdeckt. Mehrmals gab die Regierung ihre Bereitschaft zum Dialog bekannt, aber der weitere Einsatz von Sicherheitskräften im Norden heizt die Entschlossenheit der Tuareg-Rebellen nur weiter an, sich Bamako mit Gewalt entgegenzustellen.

Auf der anderen Seite haben die vermehrten Anschläge der radikal-islamistischen Sekte Boko Haram auf christliche Einrichtungen in Nigeria längst Alarm in den benachbarten Ländern sowie unter internationalen Beobachtern ausgelöst.

Bei einer Welle von Anschlägen an Weihnachten auf Kirchen im Norden kamen rund 50 Menschen ums Leben. Unmittelbar danach gab Boko Haram ein Ultimatum heraus, das

alle Christen aufforderte, den Norden des Landes zu verlassen. Seit dessen Ablauf Anfang Januar steigt die Zahl der Gewalttaten erneut an. Das veranlasste den Präsidenten Goodluck Jonathan bereits dazu, die aktuellen Ereignisse mit dem nigerianischen Bürgerkrieg der sechziger Jahre zu vergleichen.

#### Versteckte Dimension: Grenzübergreifende Vernetzung der Terrorgruppen

Die zunehmende Zahl der Attentate in Mali und Nigeria ist umso mehr Anlass zur Sorge, da immer mehr Hinweise auf Verbindungen von MNLA und Boko Haram mit der Al Qaida-Zweiggruppe im islamischen Maghreb AQIM (Al Qaida au Maghreb Islamique) hindeuten. Zeugenaussagen belegen, dass auch AQIM-Elemente in den MNLA-Angriffen vom 17. und 18. Januar auf Aguelhok mitgewirkt haben. Es wird zudem befürchtet, dass AQIM die Aussichtslosigkeit der jungen Menschen in dem vom Staat vernachlässigten und daher vergleichsweise zurückgebliebenen Norden Malis nutzt, um ihrem Netzwerk neues „Fußvolk“ zuzuführen. Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit unter den aus Libyen wiederkehrenden Tuaregrebellen bieten hierfür allerbeste Voraussetzungen.

Hinzu kommt eine sich seit Jahrzehnten angestaute Unzufriedenheit der Tuareg gegenüber der unausgewogenen, den Norden des Landes vernachlässigenden Entwicklungspolitik der Regierung. Ein kürzlich veröffentlichter Bericht des UNO-Sicherheitsrats<sup>1</sup> legt ein besonderes Augenmerk auf die Beziehungen zwischen Boko Haram und AQIM. Mitglieder der Ersteren sollen letzten Sommer in AQIM-Lagern in Mali unter anderem Training zur Sprengstoffherstellung erhalten haben.

Die Fakten sprechen für die Dringlichkeit der Suche nach einem grenzübergreifenden Ansatz, der das Aufkeimen zusätzlicher neuer Destabilisierungsfaktoren verhindern soll, auch wenn diese derzeit noch als interne Angelegenheiten einzelner Länder eingeschätzt werden. In diesem Zusammenhang erklärte der algerische Außenminister, anlässlich eines Treffens mit seinen Amtskollegen aus Mali, Niger und Mauretanien Ende Januar, dass die Tuaregrebellen als eigenständiges Element der malischen Gesellschaft nicht dem Terrorismus oder anderen Arten von transnationaler Kriminalität gleichgestellt werden könnten. Dennoch weisen die bisher bekannten Vernetzungen zwischen den verschiedenen Gruppen auf äußerst komplexe, Sprach- und Kulturgrenzen überschreitende, sicherheitspolitische Herausforderungen hin.

#### Verschwimmen der Grenzen zwischen Terrorgruppen und kriminellen Netzwerken

Während bei Gruppen wie Boko Haram, MNLA oder AQIM politische beziehungsweise ideologische Ziele als Leit motive unterstellt werden dürfen, kann dennoch finanzielles Interesse nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Um ihre Ziele zu erreichen, sind Terrorgruppen auf finanzielle Ressourcen angewiesen.

---

<sup>1</sup> 26. Januar 2012



Hierfür bietet Westafrika ein geradezu ideales Umfeld mit seinen gut etablierten kriminellen Netzwerken. AQIM zum Beispiel stützt sich nicht nur auf „lukrative“ Entführungsgeschäfte, die den Westen regelmäßig in Alarmzustand versetzen, sondern auch zu einem großen Teil auf den Schmuggel illegaler Produkte, eine Einnahmequelle, der die Öffentlichkeit weniger Aufmerksamkeit schenkt. Spekulationen zufolge ist AQIM in verschiedensten Schmuggelgeschäften aktiv, wie zum Beispiel mit gefälschten Zigaretten, Medikamenten und dem Drogenhandel.

Bereits im Jahre 2009 machte das Uno-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) auf das zunehmend florierende Phänomen transnationaler organisierter Kriminalität in Westafrika aufmerksam. Die Region hat sich in den letzten Jahren insbesondere zu einer Drehscheibe für den Drogentransit von Südamerika nach Europa entwickelt, über die jährlich circa 20 Tonnen Kokain im Wert von einer Milliarde USD geschmuggelt werden. Auch auf den Schmuggel mit illegalem Öl aus Nigeria wird ein besorgter Blick geworfen. Als Hauptölversorger der westafrikanischen Region produziert das Land täglich etwa 2 Millionen Barrel, die nach Schätzungen des Berichts nur 2/3 seiner eigentlichen Ölkapazität entsprechen. Wesentlicher Grund dafür ist die mittlerweile sehr verbreitete Form von illegalem Ölerwerb, „bunkering“ genannt, bei der in der ölfördernden Niger-Delta Region durch das Anschließen von Zweigrohren Öl abgezapft wird.

Vor allem aber rückt seit dem Ende der Libyenkrise illegale Waffenproliferation verstärkt in den Fokus besorgter Blicke, da in den letzten Monaten vermehrt Klein- und Großwaffen wie auch Munition aus libyschen Lagern vermutlich in naheliegende Sahelländer geschmuggelt werden. Ein Teil floss durch heimkehrende Tuaregkämpfer in die Nachbarländer, während ein anderer Teil vermutlich an Terroristen und kriminelle Banden verkauft wird. Dem UNODC-Bericht zufolge wurden zwischen 1998 und 2004 von den 7 bis 10 Millionen zirkulierender Kleinwaffen nur etwas mehr als 200.000 in Westafrika zerstört. Des Weiteren bieten auch illegal gehandelte Zigaretten sowie gefälschte oder von internationalen Normen abweichende Medikamente eine solide Einkommensquelle für kriminelle Banden und Terrorgruppen.

#### Rechtlosigkeit und Korruption als Nährboden für organisierte Kriminalität

Die rasche und relativ mühelose Entfaltung krimineller Netzwerke und terroristischer Gruppen in Westafrika lässt sich in erster Linie durch die weitverbreitete Rechtlosigkeit in der Region erklären. Eine Rechtlosigkeit, deren Fundament fragile staatliche Institutionen, ineffiziente Strafverfolgung und kaum nennenswerte, zumeist auf Korruption basierende Grenzkontrollen sind, und deren grundlegende Ursachen in der Käuflichkeit politischer Akteure und staatlicher Beamter liegen. Eher die Regel als die Ausnahme ist, dass Beamte in niederen wie hohen Schlüsselpositionen durch Bestechlichkeit oder direkte Verwicklung in Schmuggelaktionen jede sich bietende Gelegenheit zur persönlichen Bereicherung nutzen. Als Beispiel gilt der Prozess vom 1. Juli 2010 über einen geplanten Kokainschmuggel der kolumbianischen Terrororganisation „Fuerzas Armadas Revolucionarias de Columbia (FARC)“, der von zwei Liberianern unterstützt wurde. Unter ihnen befand sich der Sohn der Staatspräsidentin Ellen Johnson Sirleaf.

Insbesondere die Verwicklung staatlicher Organe in die organisierte Kriminalität schafft einen Teufelskreis, der die demokratische Entwicklung und die politische Stabilität der Länder in ihren Grundfesten erschüttert. Das illegale Handeln staatlicher Beamter über alle Hierarchieebenen hinweg schwächt das Staatswesen, schafft einen risikofreien Raum für Schattengeschäfte, und dynamisiert die Entwicklung hin zu einem dysfunktionalen Staat. Es stellt sich vermehrt die Frage, warum Rechtlosigkeit eher zur Normalität wird, und das Handeln auf der Grundlage von Recht und Gesetz zur Ausnahme. Die Antwort ist ganz sicherlich komplex und schwierig. Tatsache ist, dass die Volkswirtschaften Westafrikas kaum Potenzial für ausreichend Arbeitsplätze bieten und damit wenig geeignet sind, den Entwicklungsprozess der Länder voranzubringen. Meist bietet der illegale Handel einen schnelleren Profit, und den profitableren Durchbruch zu besseren Lebensbedingungen, die auf legalem Weg kaum erreichbar sind. Schätzungen zufolge gleichen die Einnahmen durch Rohöl- und Kokainschmuggel jeweils den Bruttoinlandprodukten der Kapverden und Sierra Leone. Der Umsatz von gefälschten Malariapillen kommt auf 438 Millionen USD und übertrifft damit das BIP von Guinea Bissau, ebenso wie die 775 Millionen USD Gewinn durch Zigarettenfälschung das BIP von Gambia übertreffen. In Benin, dem Nachbarland Nigerias, „erwirtschaftet“ der illegale Handel mit Ölderivaten mittlerweile etwa 70% des BIP.

#### Maßnahmen zur Stabilisierung der westafrikanischen Sicherheitslage

Das Verschwimmen der Grenzen zwischen Terrorgruppen, profitorientierten Kriminellen und staatlichen Akteuren schafft eine komplexe Dynamik, in deren Folge der Überblick über Akteure, deren Ziele, Motivationen und Handlungsstrategien fast vollständig verloren geht. Vor diesem Hintergrund können Lösungen nur noch im Rahmen umfassender Ansätze identifiziert werden, wenn es also gelingt, die Probleme geographisch und thematisch umfassend und grenzüberschreitend zu analysieren.

#### Kampf gegen Drogenhandel und organisierte Kriminalität

Die 15 Mitgliedstaaten der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS haben Ende der neunziger Jahre begonnen, einen Aktionsplan für nationale Maßnahmen gegen Drogenhandel zu entwickeln. Im Dezember 2008 wurde ein regionaler Aktionsplan zur Bekämpfung des Drogenhandels und organisierter Kriminalität verabschiedet, der vor allem national ausgerichtet war. Kritik an dem fehlenden regionalen Ansatz wurde bereits frühzeitig laut, da Initiativen auf rein nationaler Ebene die Akteure lediglich in andere Länder treiben und das Problem somit nicht grundsätzlich gelöst würde.

Auf internationaler Ebene wurde im Juli 2009 die West African Coast Initiative (WACI) ins Leben gerufen, unter deren Schirm eine Reihe von UN Organisationen<sup>2</sup> und Interpol die vier ECOWAS-Staaten Côte d'Ivoire, Liberia, Guinea-Bissau und Sierra Leone in der

---

<sup>2</sup> UNODC, DPKO und Friedenstruppen in der Region



gemeinsamen Bekämpfung und Prävention transnationaler Verbrechen unterstützen. In allen Ländern wurden Fortschritte beobachtet, außer in der Elfenbeinküste, die bis vor kurzem noch von der Krise nach den Wahlen erschüttert wurde. Auch seitens der EU existieren Ansätze, wie zum Beispiel die Aufstellung regionaler Zentren für Informationsaustausch in den Hauptstädten von Senegal und Ghana. Diese dienen der verstärkten Abstimmung strategischer Maßnahmen zur Bekämpfung organisierter Kriminalität, insbesondere im Drogenhandel.

### Kampf gegen den Terrorismus

Auch im Kampf gegen den Terrorismus gibt es in Westafrika in technischer Hinsicht bereits eine Reihe von gezielten bilateralen, regionalen und internationalen Kooperationen. Zum Beispiel nahmen die angrenzenden Staaten Mali und Algerien im Dezember 2011 ihre militärische Zusammenarbeit wieder auf, in deren Rahmen algerische Einheiten malische Truppen im Kampf gegen AQIM im Norden Malis unterstützen. Beide Länder waren auch bei einem Treffen mit dem Niger und Mauretanien im Januar 2012 in der mauretanischen Hauptstadt anwesend, wo Maßnahmen für eine verstärkte Kooperation angesichts der sich zuspitzenden Sicherheitslage im Sahel besprochen wurden. Zusätzlich wurde eine verstärkte Zusammenarbeit der Geheimdienste und der militärischen Führungsstäbe der vier Länder beschlossen, bei der auch verstärkt Entwicklungsvorhaben einfließen sollen.

Das Binom Entwicklung und Sicherheit ist auch der Kern eines Entwicklungsprogramms, das der Präsident Malis im August 2011 ins Leben rief. Die Initiative hat zum Ziel, durch verstärkte staatliche Präsenz in dem bisher vernachlässigten Norden die zunehmende Dominanz der AQIM-Jihadisten zurückzudrängen, und zwar in einem dualen Ansatz von nachhaltigem sozialen Wiederaufbau und technischer Verstärkung der Sicherheitskräfte. Dies könnte auch langfristig den Forderungen der Tuaregrebellen nach sozialer Gerechtigkeit und einer national ausgewogenen Entwicklung nachkommen. Zwar bleibt zu beobachten, inwiefern die aktuellen Unruhen im Norden des Landes den weiteren Ablauf beeinflussen. Dennoch sollte die grundsätzliche Unterstützung von Entwicklungsmaßnahmen auf breiterer regionaler Ebene vorangetrieben werden, um so den nach sozialer Stabilität und würdigen Lebensumständen suchenden Menschen entgegenzukommen und ihnen letztlich eine Perspektive anzubieten, die ihnen eine Alternative zu kriminellen Tätigkeiten bietet. Nur so kann dem Terrorismus der fruchtbare Boden entzogen werden.

### Förderung der Demokratie

Im Gegensatz zu technischen und strukturellen Defiziten stellt die Bekämpfung von fast schon systemimmanenter Bestechlichkeit behördlicher Instanzen eine weitaus größere Herausforderung dar. Nur über massive, nachhaltige und sich positiv entwickelnde wirtschaftlich soziale Rahmendaten, die mit einem Bewusstseinswandel

aller gesellschaftlichen Akteure einhergehen muss, werden Reformprogramme Erfolge generieren können. Technische Unterstützung allein wird die zur Verfügung gestellten Ressourcen und Instrumente der Kapazitätsstärkung in der Praxis ins Leere laufen lassen. Es wird letztlich darauf ankommen, die politische Klasse und die Entscheidungsträger davon zu überzeugen, dass Gute Regierungsführung auf Dauer „profitabler“ ist, dass sie gelebt und vorgelebt werden muss. Hier haben die politischen Eliten Westafrikas ebenso wie die sich allmählich entwickelnden Mittelschichten einen weiten Weg vor sich.

### **Ralf Wittek**

Der Autor ist Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Westafrika.

Sun-Min Kim

Die Autorin ist Praktikantin bei der Hanns-Seidel-Stiftung in Lomé, Togo.

#### **IMPRESSUM**

Erstellt: 16.02.2012

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [iiz@hss.de](mailto:iiz@hss.de), [www.hss.de](http://www.hss.de)